

amtliche Bekanntmachung

006 K 020/16



AMTSGERICHT BLOMBERG

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 04.03.2021, 11.00 Uhr,
im Saal 1, Obergeschoss, Kolberger Straße 1, Blomberg, Amtsgericht**

der im Grundbuch von Schieder-Schwalenberg Blatt 1328 eingetragene
1/2 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

Lfd. Nr. 6: Gemarkung Schieder, Flur 2, Flurstück 141, Gebäude- und
Freifläche, Pyrmonter Straße, Größe: 1.765qm.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um einen 1/2 Miteigentumsanteil an einem bebauten Grundstück. Die Grundstücksfläche beträgt 1.765 m². Das Grundstück ist bebaut mit einem massiv errichteten, nicht unterkellerten, eingeschossigen Gebäude mit einer Fläche von 201 m², welches als Imbissstube genutzt wurde. Das Ursprungsbaujahr ist unbekannt. Zustand: beginnende Verwahrlosung, Vandalismus. Es besteht ein erheblicher Instandhaltungsstau. Das Gebäude ist nicht nutzungsfähig.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 15.08.2016 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 35.500,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Blomberg, 09.11.2020